

„Eldorado für Großprojekte“

Kundgebung der IG „Gegen Haindling Nord“ – Flächenfraß kritisiert

Geiselhöring. (aha) Am frühen Sonntagnachmittag hat die Interessengemeinschaft (IG) „Haindling-Nord nein – Regionaltrasse ja“ eine Kundgebung vor dem Rathaus in Geiselhöring veranstaltet. Viele Sprecher kritisierten dabei heftig den Flächenfraß in Niederbayern, insbesondere den geplanten Bau der Trasse „Haindling-Nord“.

„Nicht der Flächenfraß in Brasilien oder in Rumänien ist heute unser Thema, sondern die Vernichtung fruchtbarster landwirtschaftlicher Böden in Niederbayern.“ So eröffnete IG-Mitglied Angela Ramsauer die Kundgebung vor dem Geiselhöringer Rathaus, auf dem ein von ihr gestaltetes 35 Quadratmeter großes Transparent lag. Dieses sollte nach den Worten ihres Kollegen Christian Ertl zeigen, wie viel Bodenfläche in einer halben Minute täglich in Bayern zugebaut werde. Insgesamt seien das zehn Hektar pro Tag. Mit zu dieser Bodenversiegelung trage auch das „Monsterprojekt“ „Haindling-Nord“ mit 40 Hektar Landverbrauch auf einer Länge von über sechs Kilometern bei.

Ramsauer betonte: „Den Befürwortern der Trasse geht es nicht um eine Entlastung der Innenstadt – die lässt sich auch durch weniger kostspielige Maßnahmen, die wir von der IG vorgeschlagen haben, aber nicht umgesetzt werden, erreichen –, sondern um die Schaffung einer leistungsstarken Verkehrsachse durch das Labertal, die nur zusätzlichen Schwerlastverkehr anzieht.“ Wer Straßen baue, werde Verkehr ernten.

LBV: Massiver Artenschwund?

Dr. Michael Röder von der ÖDP schloss sich diesen Aussagen an und machte klar, dass durch eine Umgehungsstraße der Ziel- und Quellverkehr und auch der Nord-Südverkehr durch Geiselhöring nicht weniger werde. Daher sei die Trasse nicht notwendig, weil das Preis-Leistungs-Verhältnis einfach nicht stimme. „Eine Entlastung wird nicht eintreten. Darum redet mit euren Stadträten, dass sie sich anders entscheiden“, forderte Röder die anwesenden Geiselhöringer auf. Siegfried Jäger vom Bauernverband lehnte die Trasse „Haindling-



Ein Transparent mit 35 Quadratmetern sollte den Flächenverbrauch in Bayern innerhalb einer halben Minute verdeutlichen. Im Hintergrund ist ein Teil der Kundgebungsteilnehmer zu sehen.

Foto: Alois Hauner

Nord“ ebenfalls ab und verlangte generell flächensparendes Bauen. Mit seinen Äußerungen über Ausgleichs- und Renaturierungsmaßnahmen, die Ackerland beanspruchten, erntete er allerdings einige kritische Zwischenrufe.

Prof. Hubert Weiger vom Bund Naturschutz dankte der IG für ihren bisherigen Einsatz zur Verhinderung von „Haindling-Nord“ und versicherte weiterhin Unterstützung durch Einreichung einer Verbandsklage gegen das Bauvorhaben. „Ein Viertel des gesamten Flächenverbrauchs in Bayern passiert in Niederbayern. Die Region ist ein Eldorado für Großprojekte,“ kritisierte Weiger. „Die Erhaltung des Bodens muss Priorität haben. Schluss mit dem Landraub an kom-

menden Generationen.“ Auch Grünen-MdL Rosi Steinberger, die seit acht Jahren die IG tatkräftig unterstützt, lehnte die Realisierung von „Haindling-Nord“ vehement als sinnlos ab und forderte stattdessen unter anderem innerörtliche Veränderungen, eine neue Mobilität und die Sanierung bestehender Straßen statt Neubau.

Für den Landesbund für Vogelschutz versicherte Dr. Christian Stierstorfer Unterstützung zu. Durch den Flächenfraß komme es zu einem massiven Artenschwund und zu Landschaftsschäden. Eigentlich gebe es ja gute Gesetze, doch die würden nicht umgesetzt. Stattdessen werde gegen den Naturschutz gearbeitet und der Ministerpräsident wolle gar die Möglich-

keit der Verbandsklage abschaffen. Drum bleibe als einzige Möglichkeit nur der Protest gegen solche Baumaßnahmen.

Grundl: „Echte Alternativen prüfen“

Bernd Sluka vom Verkehrsclub Deutschland erhob die Forderung an die Verantwortlichen, sich nach 70 Jahren von der verfehlten Verkehrspolitik zu verabschieden. Der Straßenverkehr müsse verträglicher werden und sich am Klimaschutz orientieren.

Auch MdB Erhard Grundl (Grüne) forderte die Geiselhöringer auf, auf den Stadtrat einzuwirken, seine getroffene Entscheidung zu revidieren. „Wir müssen auf unseren Boden schauen, die Lebensgrundlagen schützen und echte Alternativen prüfen. Die kommenden Wahlen seien eine gute Möglichkeit, den Bürgerwillen kundzutun. Unterstützt dabei diejenigen, die gegen das Projekt sind.“

Als von der Trasse „Haindling-Nord“ direkt betroffen bezeichnete sich Musiker Hans-Jürgen Buchner. Die Schönheit der Heimat zu erhalten sei wichtig. Sie dürfe nicht ihr Gesicht verlieren. Der Anblick des Ensembles von Haindling sei das Wahrzeichen von Niederbayern. Darum dürfe dieses Straßenbauvorhaben mit seiner „achteinhalf Meter hohen Böschung“ vor dem Ortsbild niemals zustande kommen.

Die Umfahrung

Die Staatsstraße (St) 2142 stellt – wie berichtet – laut Regierung von Niederbayern eine wichtige West-Ost-Verbindung zwischen den Bundesstraßen in Niederbayern dar. Sie beginnt bei Elsendorf an der B 301 im Landkreis Kelheim und verläuft in Ost-West-Richtung durch die Landkreise Kelheim, Landshut sowie Straubing-Bogen und endet bei Aiterhofen an der B 20. Über die St 2142 sind die Gemeinden des Labertals zwischen Straubing und Neufahrn an die

überregionalen Verkehrsachsen B 15, B 15neu und B 20 angebunden.

Für die mit dem Bauvorhaben verbundenen Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft seien landschaftspflegerische Ausgleichs- und Gestaltungsmaßnahmen vorgesehen. Auf der St 2142 fahren laut Regierung täglich über 7000 Fahrzeuge durch Geiselhöring, rund 5000 durch Hirschling. Mit dem Bauvorhaben sollen die Orte entlastet und die Verkehrssicherheit verbessert werden.

-ta/sep-

Die Planfeststellung läuft

Neubau der Umgehung – Kundgebung der Gegner

Geiselhöring. (ta) Die Regierung von Niederbayern hat auf Antrag des Staatlichen Bauamtes Passau für den Neubau der Ortsumgehung Geiselhöring – Hirschling das Planfeststellungsverfahren mit integrierter Umweltverträglichkeitsprüfung eingeleitet. Das teilte die Regierung am Donnerstag mit.

Das Staatliche Bauamt hat den Antrag auf Planfeststellung im Juni bei einem Termin mit dem Bayerischen Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr, Christian Bernreiter, sowie weiteren Mandatsträgern persönlich Regierungspräsident Rainer Haselbeck überreicht. In die geplante Ortsumfahrung will der Freistaat Bayern rund 40 Millionen Euro investieren.

Unterlagen im Internet einsehbar

Die Planunterlagen können ab sofort auf der Internetseite der Regierung unter www.regierung.niederbayern.bayern.de/service/planfeststellungsverfahren eingesehen werden. Außerdem werden die Pläne in der Stadt Geiselhöring und in der Gemeinde Perkam öffentlich ausgelegt. Durch die Veröffentlichung im Internet und die Auslegung in den betroffenen Kommunen wird Bürgern und beteiligten Fachstellen Gelegenheit gegeben, sich über die Planung zu informieren und Einwendungen zu erheben beziehungsweise eine Stellungnahme abzugeben. Bei Bedarf findet danach ein Erörterungstermin statt.

Die Staatsstraße (St) 2142 stellt eine wichtige West-Ost-Verbindung zwischen den Bundesstraßen in Niederbayern dar. Sie beginnt bei Elsendorf an der B 301 im Landkreis Kelheim und verläuft in Ost-West-Richtung durch die Landkreise Kelheim, Landshut sowie Straubing-Bogen und endet bei Aiterhofen an der B 20. Über die St 2142 sind die Gemeinden des Labertals zwischen Straubing und Neufahrn an die überregionalen Verkehrsachsen B 15, B 15neu und B 20 angebunden. Aufgrund der zentralen Bedeutung für das ganze Labertal soll die St 2142 von Neufahrn i.NB bis Geiselhöring und darüber hinaus bis Straubing „leistungsfähig und sicher“ ausgebaut werden, heißt es in der Mitteilung.

Für die mit dem Bauvorhaben verbundenen Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft sind landschaftspflegerische Ausgleichs- und Gestaltungsmaßnahmen vorgesehen.

Auf der St 2142 fahren laut Regierung täglich über 7000 Fahrzeuge durch Geiselhöring und rund 5000 durch Hirschling. Die Innenstadt von Geiselhöring sowie die Ortsdurchfahrten von Hirschling



Die Regierung von Niederbayern leitet für den Neubau der Ortsumgehung Geiselhöring – Hirschling im Zuge der Staatsstraße 2142 das Planfeststellungsverfahren ein.
Skizze: Staatliches Bauamt Passau

und Perkam sollen mit dem Bauvorhaben vom Durchgangsverkehr entlastet und so die innerörtliche Verkehrssicherheit verbessert werden. Durch die 6,3 Kilometer lange bahnparallele Trasse werden zwischen Geiselhöring und Perkam vier höhengleiche Bahnübergänge durch Über- oder Unterführungen ersetzt.

Am Sonntag Kundgebung von Gegnern

Weiter gegen diese Trassenführung kämpft die Interessengemeinschaft (IG) „Haindling-Nord“. Sie hat für Sonntag, 23. Juli, um 13 Uhr

eine Kundgebung vor dem Geiselhöringer Rathaus gegen die Umgehung angekündigt. Vertreter von Politik und Verbänden werden dabei zur Trasse Stellung nehmen.

Unter anderem hatte sich der Landesbund für Vogel- und Naturschutz (LBV) bislang gegen die Trasse ausgesprochen. Ob der Verband klagen wird, ist offen, teilte LBV-Pressereferentin Stefanie Bernhardt auf Anfrage mit. Jetzt wurde ja erst das Verfahren eingeleitet. Geklagt werden kann nur gegen einen rechtskräftigen Bescheid. „Wenn dieser vorliegt, werden wir ihn prüfen und entscheiden.“

Die Redner der Kundgebung

Wie die Interessengemeinschaft (IG) „Haindling-Nord“ Regionaltrasse ja“ mitteilt, werden zur Kundgebung am Sonntag, 23. Juli, zahlreiche Sprecher erwartet, die die Forderungen der IG unterstützen. Angekündigt sind: Prof. Dr. Hubert Weiger, der Ehrenvorsitzende des Bundes Naturschutz Bayern, MdL Rosi Steinberger und MdB Erhard Grundl (Bündnis90/Die Grünen), Kreisrat Dr. Michael Röder, (ÖDP), Dr. Christian Stierstorfer vom Landesbund für Vogel- und Naturschutz, Siegfried Jäger, der Bezirkspräsident des Bayerischen Bauernverbands, Bernd Sluka, der

Vorsitzende des VCD Bayern, und der Musiker Hans-Jürgen Buchner („Haindling“). Die IG wendet sich mit ihrer Veranstaltung, die vor dem Rathaus Geiselhöring stattfindet und von 13 Uhr bis 14.30 Uhr dauern soll, gegen den Flächenverbrauch, der mit dem Bau einer Umgehung einhergeht. Außerdem spricht die IG von negativen Auswirkungen auf Landwirtschaft, Gewerbe, Wohn- und Erholungsräume sowie die Natur. Die Entlastungswirkung der Umgehung ist nach Ansicht der IG viel zu gering. Außerdem stehe sie in keinem Verhältnis zu den enormen Kosten.